

RESOLUTION NR. 1:

FÜR EINE GESTALTENDE UND ZUKUNFTSFÄHIGE UMWELTPOLITIK

Im Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode des deutschen Bundestages haben die Regierungsparteien von CDU, CSU und FDP ihre Ziele für die Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre niedergelegt.

Neben einigen klar benannten Zielen ergeben sich bei einer Vielzahl einzelner Vorhaben der Koalition noch deutliche Interpretations- und Handlungsspielräume. Die NABU-Bundesvertreterversammlung fordert die Politikerinnen und Politiker in den Regierungsparteien auf, diese Spielräume so zu nutzen, dass eine schlüssige und zukunftsfähige Umweltpolitik Gestalt annimmt und nicht ein Flickwerk von Einzelentscheidungen die Folge ist. Als Eckpunkte einer solchen Politik

- dürfen Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten nicht wie vorgesehen weiter eingeschränkt werden. Eine Regierung, die dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert einräumt, muss die Möglichkeiten für Teilhabe und Partizipation auch im Umweltsektor erhalten und fördern. Weitere Einschränkungen erschweren zudem auch die Akzeptanz für viele Vorhaben.
- darf das Verursacherprinzip nicht aufgeweicht werden. Ob als Produzentenverantwortung des Unternehmers für seine Produkte, als Kompensationsverpflichtung für Eingriffe in Natur und Landschaft oder bei Anbau und Handel von gentechnisch veränderten Pflanzen: Grundsätzlich muss ein Verursacher die Folgen seines Handelns verantworten.
- dürfen Scheuklappen aus politischen Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte nicht länger Leitschnur sein. Die Zuspitzung der Atom-Endlagerfrage auf den Standort Gorleben, die Gleichstellung von Müllverbrennung und Recycling, die einseitige Förderung der Agro-Gentechnik ohne begleitende unabhängige Risikoforschung sind nicht zeitgemäß und konterkarieren eine tragfähige Umweltpolitik.
- sollten die neuen programmatischen Ansätze rasch inhaltlich ausgestaltet und mit einem konkreten Finanzrahmen versehen werden. Die Bundesprogramme für biologische Vielfalt und für die Wiedervernetzung von Lebensräumen, die Förderung der Energieeffizienz und Gebäudesanierung und das Grünlandmilchprogramm können dann wichtige Pfeiler der Umweltpolitik werden.
- sollten die Vereinbarungen zur internationalen Rolle Deutschlands in der Umweltpolitik engagiert und ambitioniert ausgefüllt werden. Die Bekämpfung von Armut, der Aufbau eines globalen Systems von Meeresschutzgebieten, die Reform der europäischen Agrar- und Fischereipolitiken, die Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel, die Unterstützung des internationalen Wald- und Klimaschutzes erfordern ein glaubwürdiges und zukunftsfähiges Engagement Deutschlands.

Eingebracht vom NABU-Bundesverband

Potsdam, 08. November 2009